



Daniel Schneider
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung
11.07.2024

CO2-Emissionen: In die Luft oder in den Boden?

Berlin – Der Parlamentskreis Meerespolitik im Deutschen Bundestag hat unter reger Beteiligung ressort- und fraktionsübergreifend getagt. Thema war die Kohlendioxid-Verpressung (CCS, Carbon Capture and Storage) unter Meeresböden zu Klimaschutzzwecken.

Der Vorsitzende des Parlamentskreises und SPD-Bundestagsabgeordnete Daniel Schneider erklärt: „Deutschland hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren, um bis 2045 klimaneutral zu werden.“ Hierfür sind der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement, die Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassende Kreislaufwirtschaft die mit Abstand wichtigsten Maßnahmen.

Trotz dieser Schritte ist es unvermeidlich, dass Restemissionen von ca. 60 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr anfallen werden, beispielsweise bei der Müllverbrennung oder der Kalk- und Zementherstellung.

Mit der Gesetzesnovelle des Bundeswirtschaftsministeriums soll die dauerhafte Speicherung des Rest-Kohlendioxids in der Nordsee ermöglicht werden. Nach der Sommerpause wird der Entwurf in die erste Lesung des Bundestages kommen. Die entsprechende CCS-Technologie ist allerdings umstritten.

Der Parlamentskreis hat über das Für und Wider von CCS sowie die Auswirkungen auf das marine Ökosystem diskutiert.

Befürwortende Personen sehen darin eine zwar kostenintensive, aber saubere und nachhaltige Möglichkeit des Klimaschutzes. Kritische Stimmen befürchten, dass das Kohlendioxid aus dem Meeresboden entweichen und ungeahnte Folgen für die Flora und Fauna in der Nordsee haben könnte.

Meeresschutzgebiete sollen deshalb von der Nutzung ausgenommen werden. Zudem stellt der Bau der erforderlichen Leitungen eine erhebliche Belastung für die Meeresumwelt dar. Hinzu kommen Wartungs- und Überwachungsaufgaben.

Alle Beteiligten sind sich einig, dass die Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft nicht zur Deindustrialisierung Deutschlands führen darf.

„Wir treffen gerade weitreichende Entscheidungen. Dabei müssen wir bedenken, dass gesunde Meere immer wichtigste Verbündete im Kampf gegen den Klimawandel sind. Am Ende müssen wir die sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte in Einklang bringen“, sagt Schneider.

Die folgenden Informationen sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt

Ansprechpartnerin:

Inga Kjer, Büro Daniel Schneider, MdB
daniel.schneider.ma10@bundestag.de, +49 30 227 74650

Platz der Republik 1
11011 Berlin